

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Berufs-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Duncker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 15.

Berlin, Sonnabend, 19. Februar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Das Stellenvermittlungs-Gesetz. — Die englische Arbeiterpartei nach den Wahlen. — Entschädigungspflichtiger Unfall oder Spielerei. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Das Stellenvermittlungs-Gesetz.

Der Entwurf eines Stellenvermittlungs-Gesetzes ist vergangene Woche dem Reichstage zugegangen und bereits am Dienstag in erster Lesung von ihm beraten worden mit dem Resultate, daß er an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen wurde. Anlaß zur Einbringung der Vorlage haben die lebhaften Klagen über den Gewerbebetrieb der Stellenvermittler und die damit verknüpften Mißstände gegeben. Verschiedene große Organisationen, wie der Verband deutscher Arbeitsnachweise und mehrere Stellenerverbände, haben einschneidende Änderungen im Stellenvermittlungs-Gesetz verlangt. Befragt wird namentlich über die übermäßige Höhe der Gebühren, über die Förderung des Stellenwechsels, über die Verteilung zum Verlassen der Stelle und zum Kontraktbruch. Vielfach sind die Arbeitnehmer in der gewissenlosesten Weise von den Stellenvermittlern ausbeutet worden, und selbst die verschiedenen Verschärfungen der Gewerbeordnung haben diese Auswüchse nicht zu beseitigen vermocht.

Nun wäre es gewiß das zweckmäßigste gewesen, das ganze Stellenvermittlungs-Gesetz in staatliche oder kommunale Regie zu übernehmen. Davon indessen hat man absehen zu sollen geglaubt mit Rücksicht darauf, daß der öffentliche Arbeitsnachweis noch nicht so entwickelt ist, daß er imstande wäre, die gewerbsmäßigen Stellenvermittler ganz zu ersetzen. Außerdem hat man sich aber auch vor den Entschädigungskosten gefürchtet, die etwa 20 Millionen Mark betragen würden. Denn es gibt auch Stellenvermittler, die in durchaus anständiger Weise ihr Gewerbe ausüben und deren Existenz nicht ohne weiteres vernichtet werden kann. Zu dem äußersten Mittel der Ausschaltung aller gewerbsmäßigen Stellenvermittler will man deshalb auch erst dann schreiben, wenn alle Versuche, den Mißständen zu steuern, gescheitert sind.

Aus all diesen Ermägungen heraus also ist die Reichsregierung zur Einbringung dieses Gesetzes gelangt. Darin wird zuerst der Begriff des gewerbsmäßigen Stellenvermittlers festgelegt. Anzu-sehen als solcher ist derjenige, der die Vermittlung eines Vertrages über eine Stelle betreibt oder Gelegenheit zur Erlangung einer Stelle nachweist und sich zu diesem Zwecke mit Arbeitgebern oder Arbeitnehmern in besondere Beziehungen setzt. Jeder Stellenvermittler soll zur Ausübung seines Gewerbes der Erlaubnis der Behörde bedürfen, die zu verlangen ist, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb dartun, oder wenn ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern nicht vorliegt. Wichtig ist die Bestimmung, daß ein Bedürfnis nicht anzuerkennen ist, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfange besteht. Ein Stellenvermittler darf eine Gastwirtschaft, Schankwirtschaft, Kleinhandel mit geistigen Getränken, gewerbsmäßige Vermittlung von Wohn- oder Schlafstellen, Handel mit Kleidungs-, Gebrauchs- oder Verzehrungsgegenständen oder mit Lotterielosen, das Geschäft eines Geldwechslers, Pfandleihers oder Pfandvermittlers nicht betreiben. Er darf sich auch nicht mit derartigen Gewerbebetrei-

benden so in Verbindung setzen, daß er sich für die Ausübung seiner Tätigkeit von ihnen Vergütungen gewähren oder versprechen läßt. Um die Förderung übermäßiger Gebühren zu verhindern, werden von den Behörden nach Anhörung der Interessenten bestimmte Taxen aufgestellt. Im Zweifelsfalle ist die Gebühr vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zu zahlen, wenn der Vertrag infolge der Vermittlung zustande kommt. Eine entgegenstehende Vereinbarung zumgunsten des Arbeitnehmers ist nichtig. Der Anspruch auf die vom Arbeitgeber zu zahlende Hälfte erlischt, wenn der Arbeitnehmer seinen Dienst nicht zur festgesetzten Zeit antritt. Die Taxen müssen öffentlich ausgehängt werden. Die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb des Stellenvermittlers muß zurückgenommen werden, wenn sich aus Fundlungen oder Unterlassungen des Stellenvermittlers dessen Unzuverlässigkeit in Bezug auf den Gewerbebetrieb ergibt. Unter der gleichen Voraussetzung ist der Gewerbebetrieb Stellenvermittlern, die ihn vor dem 1. Oktober 1900 begonnen haben, zu unterlagen. Die Unzuverlässigkeit ist dann vorhanden, wenn der Stellenvermittler wiederholt bestraft ist, weil er die Gebührtaxe überschritten oder Vergütungen sonstiger Art angenommen oder einen der verbotenen Betriebe geleitet hat. Zum Schlusse ist eine Reihe von Geldstrafen für Uebertretungen des Gesetzes vorgesehen, die sich bis auf 600 Mark im Einzelfalle belaufen.

Die Verhandlungen im Reichstage haben besondere neue Gesichtspunkte nicht ergeben. Der Staatssekretär Dr. Delbrück berief sich auf die laut gewordenen Klagen. Die Redner der einzelnen Parteien äußerten zwar zum Teil unerhebliche Bedenken, waren aber im wesentlichen mit der Grundtendenz der Vorlage einverstanden und erklärten sich bereit, in der Kommission am Ausbau des Gesetzes mitzuarbeiten. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß nach französischem Muster die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen geschaffenen Einrichtungen auf diesem Gebiete durch das Gesetz nicht betroffen werden sollen. Am wenigsten Sympathien brachte dem Entwurf der polnische Redner entgegen, der da glaubte, daß das Gesetz aus politischen Gründen gegen die Polen angewandt werden könnte. Es gehört eine starke Phantasie dazu, um zu diesen Schlußfolgerungen zu kommen.

Offentlich gelingt es der Kommission, den im Gesetze enthaltenen guten Kern den Interessen der Allgemeinheit nutzbar zu machen und damit wenigstens die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen, die tatsächlich auf diesem Gebiete noch vorhanden sind.

Die englische Arbeiterpartei nach den Wahlen.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Die englische Arbeiterpartei ist aus den Parlamentswahlen mit einem Gewinne von 7 Sitzen zurückgekehrt. Sie zählt jetzt 40 Vertreter gegen 33 im letzten Parlament. In Wirklichkeit bedeutet diese Ziffer jedoch einen Verlust von 3 Mandaten. Bei den Wahlen von 1906 gingen die Bergarbeiter noch als selbständige Gruppe vor und sicherten sich 13 Sitze. Durch das Abkommen von 1908 traten ihre Abgeordneten der Labour Party (Arbeiterpartei) bei, mit der Maßgabe, daß die Verschmelzung erst bei den nächsten Wahlen in Kraft treten sollte. Von den 13 Bergarbeiter-Kandidaten weigerten sich 3, die Verfassung der Labour-Party zu unterzeichnen; ein vierter wurde nicht wiedergewählt, so daß nur 9 die Labour-Party-Gruppe im Parlament verstärkten. Die Labour-Party selbst hat den Verlust von 7 Mit-

gliedern zu beklagen, unter denen sich leider auch Männer wie Will. Crooks und Pete Curran befinden. Sie eroberte dafür 5 neue Wahlkreise, von denen einer allerdings vorher von einem liberalen Arbeiter, Mr. Richard Bell, vertreten war, der zurücktreten mußte, weil er sich, wie die drei Bergarbeiter, weigerte, der Labour-Party beizutreten.

Die Trade Union-Gruppe der liberalen Arbeiter verlor außer Herrn Bell noch sämtliche übrigen Mitglieder, bis auf zwei, Henry Vivian und John Ward. Das Ausscheiden von Fred Maddison und W. C. Steadman wird nicht nur von den Arbeitern bedauert, da sie zu den sachverständigsten Mitgliedern in sozialpolitischen Fragen gehörten. Auch der einzige unabhängige Sozialist, Mr. Victor Grayson, das enfant terrible der Arbeitervertreter, verlor seinen Sitz wieder. Der Gesamtverlust der Arbeiter stellt sich somit auf 11 (Labour Party 2, Bergarbeiter 1, Trade Union-Gruppe 7, Sozialist 1).

Die enge Allianz der Labour Party mit den Liberalen bei den Wahlen wird zweifellos auch der Politik der Partei im neuen Parlament ihren Stempel aufdrücken. Der erste Gedanke einer Regierungscoalition wurde allerdings fallen gelassen. Es erscheint als sicher, daß das neue Kabinett Asquith und das neue Parlament keine allzu lange Lebensdauer haben werden und daß die Labour Party, wenn sie ein oder das andere ihrer Mitglieder ins Kabinett sendet, dafür zu büßen haben wird. Das Schicksal der liberalen Arbeitervertreter hat daher auf die Labour Party abbrechend gewirkt. Auf der Konferenz in Newport am 8. Februar erklärte Keir Hardie, daß unter allen Umständen die völlige Aktionsfreiheit der Partei im Unterhause, wie in den Wahlkreisen, gewahrt bleiben müsse. „Diejenigen, die hoffen, daß wir unser eigenes Grab bereiten, indem wir Abmachungen oder Verständigungen mit der Regierung treffen, werden sich sehr enttäuscht fühlen. . . . Der Tag mag kommen, wenn neue Verhältnisse eine Änderung unserer Politik erfordern. Ich sehe in den Verhältnissen des neuen Parlaments jedoch nichts, was uns veranlassen könnte, auch nur einen geringen Grad von der Haltung abzuweichen, die die Partei zu dem gemacht hat, was sie ist.“

Unter den Forderungen, die die Labour Party dem neuen Parlament vorlegen wird, steht ein Amendement zum Trade Unions Act (Gewerksvereins-Gesetz) an erster Stelle. Durch das bekannte Urteil des Hauses der Lords ist den Trade Unions unterlagt worden, ihre Fonds für parlamentarische Zwecke zu verwenden. Die Entscheidung rührt an die finanziellen Grundlagen der Partei, denn sie existiert im wesentlichen von den Beiträgen der Trade Unions. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Gewerksvereine ist nach dem Beitritt der Bergarbeiter auf mehr als 1 600 000 gestiegen, während die sozialistische Independent Labour Party, die Fabian Society und andere sozialistische Vereinigungen (der parlamentarischen Labour Party angeschlossen) nur etwa 30 000 Mitglieder aufweisen. Der Versuch, nach jener Entscheidung in der Appell-Instanz durch freiwillige Beiträge aus den Trade Unions die parlamentarischen Kosten auszubringen, ist jedenfalls erfolglos ausgefallen. Eine Resolution der Newporter Konferenz, welche die angeschlossenen Organisationen auffordert, unverzüglich Schritte zur Errichtung von Sammelstellen für freiwillige Beiträge zu unternehmen, wurde zurückgezogen. Obgleich über die vorausgegangenen Verhandlungen öffentlich nicht berichtet wurde, läßt sich doch mit Sicherheit annehmen, daß man sich auf die Beibehaltung des bisherigen Systems geeinigt hat — trotz des verbitenden Urteils der Lords. Mr. Appleton, der Sekretär der General Federation of Trade

Unions, sprach offen aus, daß die Unions das Recht haben müßten, mit ihrem Eigentum zu tun, was sie wollten, den Aufträgen der Mitglieder entsprechend. Die Partei wird jedoch die erste Gelegenheit benutzen, um den oben erwähnten Antrag einzubringen, der den Trade Unions die Aufnahme politischer Tätigkeit gestattet, wenn die Majorität der Mitglieder dies wünscht. Dieser für die Entwicklung der Arbeiterbewegung äußerst bedeutsame Gesichtspunkt wird auch wohl sicher zur Annahme gelangen, da er nur die seit 1874 geübte Praxis legalisiert, eine Praxis, gegen die sicher nichts eingewendet worden wäre, wenn sich Mr. Bell, der erste Abgeordnete der Amalgamated Society of Railway-Servants, des Eisenbahnergewerkschafts, von dem die Beschwerde über die Verwendung der Mitglieder für politische Zwecke ausgegangen ist, nicht geweigert hätte, die Verfassung der Labour Party zu unterzeichnen, trotzdem seine Union seit 1906 dies wiederholt verlangt hatte.

(Schluß folgt.)

Gutshädigungspflichtiger Unfall oder Spielerei?

Vor dem Reichsversicherungsamt stand vor einigen Tagen eine Sache zur Verhandlung, die ein allgemeines Interesse beanspruchen darf. Kläger war unser Verbandskollege J. Janoschka in Bistupitz, der für seinen minderjährigen Sohn Peter die Klage führte. Der jugendliche Forstarbeiter Peter J. erlitt am 12. März 1909 eine Zerschmetterung des linken Oberarmes durch einen Gewehr-schuß. Der Arm mußte abgenommen werden. Die Amputation geschah am Tage des Unfalls und wurde vorgenommen, ohne daß vorher der Vater befragt oder auch nur benachrichtigt worden war. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft lehnte einen Rentenanspruch ab, weil der Unfall sich in keinem ursächlichen Zusammenhange mit dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft befinden habe.

Schildern wir zunächst den Vorgang: Der 16jährige Peter J., der in der Fabianerie des früheren Reichstagspräsidenten Grafen v. Ballestrem beschäftigt war und auch darin schlief, sah am frühen Morgen einen Raubvogel über der Fabianerie schweben. Er nahm das in seiner Schlafkammer an einem Kleiderhaken hängende Gewehr und ging ans Fenster, um von dort aus den Raubvogel zu erlegen. Um das Fenster zu öffnen, stellte er das Gewehr beiseite, wo es umfiel und sich entlud. Der Schuß zerschmetterte ihm den linken Oberarm, der dann wie geschildert amputiert wurde. Zweifelloso handelt es sich hier um einen entschädigungspflichtigen Betriebsunfall, denn die Fabianerie wie auch das Gewehr sind forstwirtschaftliche Betriebsteile, und es ist ohne Frage eine im Interesse des forstwirtschaftlichen Betriebes gelegene Tätigkeit, einen Raubvogel zu töten.

Als wir die Sache so darstellten, erklärte der Vorsitzende des betreffenden Senats am Reichsversicherungsamt: Sie würden Recht haben, wenn der Vorgang sich so zugetragen hätte. Und bei der Verkündung der ablehnenden Entscheidung wurde diese damit begründet, daß der junge Mann aus Spielerei, um Krähen zu schießen, sich das Gewehr und die Patronen unbefugterweise angeeignet habe. Es sei ihm von den Hilfsjägern ausdrücklich verboten worden, ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Mit der Spielerei habe er aber keine dem Forstbetriebe dienende Tätigkeit ausgeübt.

Schiedsgericht wie Reichsversicherungsamt stützten sich in ihrer Ablehnung auf das Verbot, das ein Polizeibeamter am dritten Tage nach dem schweren Unfall und der Amputation am Krankenbette des Verletzten vorgenommen hat. Dort sollte Peter J. auf Befragen erklärt haben, daß er Gewehr und Patronen sich unbefugterweise angeeignet hätte.

Wir stellen fest: Ohne die Eltern zu fragen, wird der Arm amputiert, und ohne Genehmigung des Arztes wird ein Kranter schon am 15. März vernommen, dem am 12. März ein Arm amputiert wurde. Ist es sicher, daß der Kranke wundfieberfrei war? Ist es sicher, daß das geistige Gleichgewicht nach einer so schweren Operation schon so weit wieder hergestellt war, daß der junge Mensch auf die Fragen des Polizeibeamten zutreffende Antwort geben konnte?

Der Verletzte behauptet, der Hilfsjäger B. habe ihm das Gewehr und auch Patronen gegeben, um Raubzeug abzuschließen. Tatsächlich will er auch schon wiederholt Krähen, Kaninchen, Sperber und Wiesel erlegt und sie dem Hilfsjäger B. übergeben haben, wofür dieser das Schußgeld erhielt. Ein Zeuge, der dies gesehen, wurde nicht vernommen. Auch das Reichsversicherungsamt hat leider nichts getan, den Vorgang aufzuklären.

Wie kam das Gewehr in die Schlafkammer des Verunglückten, wenn es ihm nicht übergeben wor-

den wäre? Und wenn er das Gewehr wirklich unbefugterweise an sich nahm, dürfte dann ein so gefährliches Instrument einem 16jährigen jungen Menschen zugänglich sein? Müßte es dann nicht vielmehr unter Verluß gehalten werden, damit es nur derjenige an sich nehmen konnte, der den Schlüssel zum Verluß besaß? Auch in diesem Falle der Pflichtverletzung durch die Verantwortlichen würde es sich unseres Erachtens um einen Betriebsunfall handeln. Denn das Unglück wäre nicht passiert, wenn der Verunglückte nicht in der Fabianerie geschlafen und in seiner Kammer kein Gewehr geblieben hätte.

Es dürfte sich empfehlen, daß der Vater dem Grafen v. Ballestrem von dem unerwarteten Ausgang des Verfahrens Kenntnis gäbe und ihn ersuchte, aus den Mitteln der Verwaltung eine Entschädigung zu zahlen. Eventuell wäre der Weg der Zivilklage zu beschreiten.

Der Verletzte wird wieder in der Forst des Grafen v. B. beschäftigt für 120 Mark Tagelohn. Davon kann der junge Mensch nicht leben. Der Vater, der vielfach kranklich ist, hat viele Kinder zu ernähren und verlangt daher, daß die schulentlassenen Kinder für sich selbst sorgen.

Es ist übrigens ein Wunder, daß der junge Peter nicht schon wieder verunglückt ist. Denn der Einarmige mußte Raubzeugfallen aufstellen und die dazu benötigte, aber nicht mehr vorhandene zweite Hand durch M und Böhne ersetzen. Erst nachdem Graf v. Ballestrem durch den Bruder des Verunglückten Kenntnis erhielt von dieser gefährlichen Beschäftigung eines in seinem Betriebe schwer verunglückten jungen Menschen, wurde diesem eine andere Beschäftigung angewiesen. Wir haben die Ueberzeugung, daß Graf v. Ballestrem seinen klingenden Namen nicht durch ein ungeschütztes Unrecht belastet sehen will und darum auch bereit ist, die Entschädigungspflicht auf sich zu nehmen, die der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Schlesiens nicht auferlegt worden ist. R. G.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 18. Februar 1910.

Nahe Arbeit hat der Reichstag mit dem Entwurf eines **Arbeitskammergesetzes** und des **Gewerkschaftengesetzes** gemacht. Beide Vorlagen sind ihm erst am letzten Sonnabend zugegangen; am Mittwoch kamen sie bereits zur Verhandlung, und in einer Sitzung wurden beide Vorlagen in erster Lesung erledigt und an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Wie wir bereits andeuteten, schließen sich die Entwürfe eng an die Reichstagskommissionsbeschlüsse an, über die wir seinerzeit ausführlich berichtet haben. Es sind doch aber auch wesentliche Änderungen vorgenommen, welche die Vorlage keineswegs zu ihrem Vorteil verändert haben. Deshalb hoffen wir, daß die Kommission gründliche Arbeit leistet und den beiden wichtigen Gesetzen eine Fassung gibt, die mit den Interessen der Arbeiter in Einklang steht. Allem Anschein nach beabsichtigt man, die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Hauptsächlich geschieht dies nicht auf Kosten des Inhalts der Gesetze. Sobald dieselben ihre endgültige Fassung erhalten haben, werden wir sie veröffentlichen.

Nachwirkungen der Tabaksteuer. Noch immer machen sich die „Segnungen“ der Reichsfinanzreform in erschörender Weise bemerkbar. Der Viermillionenfonds reicht nicht aus, die schwere Not, unter der die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zu leiden haben, zu beistimmen. Verzerrte Silberfische laufen täglich auf dem Bureau unseres Gewerkschaftsvereins der Tabakarbeiter ein, so daß der Generalrat sich genötigt gesehen hat, besondere Maßnahmen zur Verringerung des herrschenden Elends zu treffen. Mit Zustimmung der auswärtigen Generalratsmitglieder wurde eine Arbeitslosenbeihilfe eingeführt, die neben den sonstigen Unterstützungseinrichtungen denjenigen Mitgliedern zugute kommen soll, welche durch das neue Tabaksteuergesetz ganz oder teilweise arbeitslos geworden sind und dem Gewerkschaftsverein mindestens 26 Wochen angehören. Für die Verteilung sind folgende Grundzüge maßgebend:

1. Männliche verheiratete Mitglieder mit Kindern, welche gänzlich arbeitslos oder zu 1/2 in ihrem Erwerb geschädigt sind, erhalten eine wöchentliche Extrabeihilfe von 2 Mk.;
2. alle weiblichen und sonstigen männlichen Mitglieder 1,50 Mk.;
3. alle jugendlichen Mitglieder, sobald sie nicht anderweitig Beschäftigung finden, 1 Mk.

Der Generalrat hat sich das Recht vorbehalten, diese Beihilfen ganz oder teilweise, je nach Lage der Verhältnisse des Mitgliedes oder der Klasse, aufzuheben. Mitglieder, welche diese Arbeitslosenbe-

hilfe erhalten, haben die Pflicht, dem Gewerkschaftsverein mindestens noch 2 Jahre nach der letzten Unterstützung anzugehören, widrigenfalls dieselben den erhaltenen Betrag zurückzahlen haben. Die Unterstützung wird seit dem 1. Februar bis auf weiteres gezahlt. Wenn die Ortsklassen die nötigen Mittel nicht besitzen, hat der Ortsklassifizierer die Unterstützungsgelder vom Generalrat zu fordern.

Diese Maßnahmen zeigen außer dem scharflichen Elend, das über die gesamte Tabakindustrie hereingebrochen ist, gleichzeitig die segensreichen Wirkungen der Organisation. Offenlich tragen sie dazu bei, den zahlreichen indifferenten Tabakarbeitern die Augen zu öffnen und ihnen den Wert der Organisation vor Augen zu führen.

Einen schönen Erfolg hat unser Ortsverein der Frauen und Mädchen in Danzig zu verzeichnen. Auf seine Eingabe um Einbeziehung sämtlicher Hausgewerbetreibender in die Ortskrankenkasse hat der dortige Magistrat beschlossen, dieser Anregung Rechnung zu tragen. Am 1. April tritt ein neues Ortsstatut in Kraft, durch welches sämtliche Heimarbeiter und Arbeiterinnen der Krankenversicherungspflicht unterstellt werden. Dadurch wird den Heimarbeiterinnen nicht allein für die Zeit der Krankheit eine gesetzliche Unterstützung garantiert, sondern zahlreiche unläutere Elemente, welche die Heimarbeit nur als Nebenberuf betreiben und sich kein Gewissen daraus machen, durch Unterbieten die Löhne herabzudrücken, werden durch die Krankenversicherungspflicht von ihrem gemeingefährlichen Treiben ferngehalten werden. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist der Erfolg unserer Danziger Kolleginnen nur mit Freuden zu begrüßen.

Ein Ausbau der Gewerbeinspektion wird in Preußen geplant. Wie ein Vertreter der Regierung in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bei der Mehrforderung von 107 500 Mark für die Aufsichtsbeamten erklärte, hat sich bei der Staatsregierung die Ueberzeugung herausgebildet, daß die Zahl der vorhandenen Gewerbeaufsichtsbeamten in mehreren Bezirken nicht ausreicht und die Errichtung neuer Gewerbeinspektionen notwendig sei. Die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten leisteten im wesentlichen daselbe wie die männlichen. In Berlin sollen zwei Assistentinnen angestellt werden. Auch die etatsmäßige Anstellung der weiblichen Aufsichtsbeamten solle in Erwägung gezogen werden. Neue Gewerbeinspektionen sollen in Charlottenburg, Sorau, Stolp, Osterode a. S. und Düsseldorf-Land errichtet werden. Verschiedene Gewerbeinspektionen erhalten Hilfskräfte zur Verfügung, und im Landespolizeibezirk Berlin, sowie den Regierungsbezirken Düsseldorf, Frankfurt, Hildesheim und Köslin soll die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten eine Erhöhung erfahren.

Das sind gewiß begrüßenswerte Fortschritte, die aber noch bei weitem nicht ausreichend sind. So lange zur Gewerbeinspektion nicht auch Ärzte und Arbeiter selbst herangezogen werden, kann diese Einrichtung nicht den Anforderungen entsprechen, die an sie gestellt werden müssen.

Arbeiterbewegung. Obgleich bereits am 12. Februar im Solgowerbe 33 Verträge abgeschlossen waren, konnte der Friede einstweilen noch aufrecht erhalten werden. Die Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen der Unternehmer und Arbeiterorganisationen werden fortgesetzt, und während dieser Zeit dürfen weder Streiks noch Aussperrungen vorgenommen werden. Für mehrere Orte konnte übrigens eine Verständigung erzielt werden. Vielleicht ist dies ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung. — Um sich von den tariflich festgelegten Löhnen zu drücken, trat die Malerfirma Ulrich u. Gombke in Galtorfstadt aus dem Unternehmerverbande aus. Sie hatte aber die Rechnung ohne die Gehilfen gemacht, die die Arbeit niederlegten. Daraufhin beauftragte sich die Firma zur Zahlung der tariflichen Lohnsätze, worauf nach halbtägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — Auf der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen bei Duisburg traten wegen fortbauender erheblicher Lohnreduktionen am Montag früh die Schofenarbeiter, die in ihrer Mehrzahl unorganisiert sind, in den Streik. Jede Verhandlung wurde von der Güterleitung rüchtilos abgewiesen. Von den Organisationsvertretern auf das Ungeheuliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht — die Arbeiter waren ohne Kündigung aus dem Betriebe hinausgelassen — und weil sie die Erfolglosigkeit des Streiks einsehen, nahmen die Arbeiter Mittwoch die Beschäftigung wieder auf. — In Lauban und Liegnitz dauert der Streik der Konfektionsarbeiter unverändert fort. An letzterem Orte haben jetzt die Arbeitgeber das Ge-

werbegericht als Einigungsamt angerufen. — In Tarifverhandlungen befinden sich die Schneider auch in Lüdenscheld, Breglau und Straßburg; in Dessau und Potsdam ist es bereits zu einer Einigung gekommen, während in Kottbus, Dortmund, Erlangen und Rudolstadt keine Verständigung bisher möglich war. Zur Schlichtung der Streitigkeiten hat der Gewerbeverein eine Zusammenkunft der Hauptorte beantragt. — In der Schuhfabrik von Drexler u. Co. in Birmasens sind wegen Lohnunterschieden sämtliche Arbeiter in den Streik getreten. — Differenzen sind in den Buchbindereien und Kartonagenfabriken in Plauen i. V. entstanden. In mehreren Betrieben wurde die Arbeit bereits eingestellt.

Eine gründliche Abwehr wird dem sozialdemokratischen Parteipapst Kautsky in der letzten Nummer des „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ zuteil. Das genannte Organ hatte vor längerer Zeit mit diesem Parteigelehrten eine lebhaft Auseinandersetzung über den Wert einer amerikanischen Statistik. In dieser Polemik hat Kautsky recht schlecht abgeschnitten, und um den schlechten Eindruck abzumildern, hat er jetzt in der „Neuen Zeit“ einen neuen Versuch gemacht, das Kampffeld zu seinen Gunsten zu verschieben. Das ist ihm aber nicht gelungen, sondern das „Korrespondenzblatt“ hat den Text sofort bemerkt und Herr Kautsky gehörig auf die Finger geklopft. Der Artikel im „Korrespondenzblatt“ schließt mit folgenden Sätzen:

„Soweit die Tatsachen. Kautskys Versuch, nachträglich diese Tatsachen zu verschieben, beweist nur, wie wenig er den für ihn blamablen Ausgang jener Polemik verschmerzen kann. Erheiternd wirkt, daß er in diesem Schmerze nun gar die Generalkommission als Schwurzeugen gegen das „Korr.“ anruft. Seine Methode bleibt immer die gleiche: eine unerreichbare Kunst der Abstraktion, in der er es mindestens so weit gebracht hat, wie die amerikanischen Trugsymmetrien in der Lebensmittelpreis-treibung. Es genügt uns, diese Kunst Kautskys auch an dem vorliegenden Beispiel unseren Lesern gezeigt zu haben.“

Trotzdem machen sich die Gewerkschaften zu Hörgen einer Partei, in der wissenschaftliche Leuchten vom Schläge Kautskys die erste Geige spielen.

Ein Kompliment für die katholischen Fachabteilungen. „Der Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen, Sitz Berlin, hatte vor kurzem die gelben Organisationen als Schöpfungen der Unternehmer hingestellt und behauptet, daß dieselben die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt ablehnten. Dagegen vermahnt sich jetzt der „Bund“: Weder seien die gelben Vereinigungen Unternehmergründungen noch Gegner der Tarifverträge. Sie sähen in ihnen nur kein Alibi, weil ja in vielen Berufszweigen der Abschluß von Tarifverträgen nicht möglich sei. Und zum Schluß sagt das gelbe Organ:

„In beiden Beziehungen dürften also Unterschiede zwischen den Anschauungen der Gelben und denen der katholischen Fachabteilung nicht vorhanden sein. Diese wie jene erstreben den wirtschaftlichen Frieden. Ein Unterschied zwischen beiden liegt nur darin, daß die katholischen Fachabteilungen, wie schon ihr Name sagt, auf konfessionellem Boden stehen.“

Diese „Anerkennung“ werden sich die katholischen Fachabteilungen kaum hinter den Spiegel stecken. Daß diese Organisationsrichtung den Gelben gleichwertig ist, war für den Eingeweihten nichts Neues. In dessen, diese offizielle Anerkennung seitens des „Bund“ wird die etwa noch vorhandenen Zweifel sicher beseitigen.

Der freie Sonnabend-Nachmittag findet, wie einer Auffassung der „Köln. Ztg.“ zu entnehmen ist, immer mehr Eingang. Wenigstens gilt das für den Westen des Reiches. In Warmen schlossen am Ende des vergangenen Jahres 538 Betriebe mit 23 266 beschäftigten Personen an den Sonnabenden mittags um 1 Uhr die Fabriken. In Eberfeld haben den 1. Uhr-Arbeitschluß an den Sonnabenden 76 Betriebe mit 5051 Arbeitern, in Ronsdorf 14 Betriebe mit 653 Arbeitern, in Schwelm 4 Betriebe mit 402 Arbeitern, in Rangelfeld 64 Betriebe mit 3549 Arbeitern, in Reivies 3 Betriebe mit 811 Arbeitern. Weiter bemerkt das genannte Blatt, daß der bisherige Sonnabend-Mittag-Geschäftsschluß nicht allein bei den Arbeitern, Angestellten und städtischen Beamten, sondern auch bei den meisten Arbeitgebern beliebt sei. Neben der Freitag-Mittag-Lohnzahlung habe die

Einrichtung die wohlthuende Wirkung, daß der sogenannte „Kleine Montag“ kaum noch gemacht wird. Ganz besonders aber begriffe der Kleinhandel den frühzeitigen Geschäftsschluß, weil er darin das beste Mittel sieht, im Verlaufe der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen.

Offentlich findet das Vorgehen der westdeutschen Industriellen auch in anderen Gegenden Deutschlands recht viel Nachahmung!

Der Zentralauschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, der am 9. d. M. unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schönau-Carolath im Reichstage zusammentrat, stellte den Etat der Gesellschaft für das Jahr 1910 in Einnahme und Ausgabe auf 421 000 Mark fest. Von den Ausgaben nimmt die Begründung und Unterhaltung von Volksbibliotheken nicht weniger als 270 000 Mark in Anspruch. Für lokale Bildungszwecke wurden 25 000 Mark, für Vorträge und Agitation 27 000 Mark, für die Zeitschrift „Volksbildung“ 24 000 Mark und für die Lichtbilder-Verleih-Anstalt 20 000 Mark ausgeworfen. Für die übrigen Zwecke der Gesellschaft wurden geringere Beiträge zur Verfügung gestellt. Die diesjährige Hauptversammlung findet in Lübeck in den Herbstferien statt. Die Verhandlungen der Versammlung sollen betreffen: „Die Anschauung und Anschauungsmittel in der Volksbelehrung und Volksunterhaltung“. Die Vorträge und Besprechungen darüber sollen durch Demonstrationen und Ausstellungen ergänzt werden. Der Zentralauschuß nahm Kenntnis von einem Angriff, der aus Kreisen der evangelischen Geistlichkeit der Provinz Posen auf die Gesellschaft sowie auf die Einrichtungen der staatlichen Kaiser Wilhelm-Bibliothek in Posen erfolgt ist. Die Angriffe erscheinen geeignet, die Volksbildungsarbeit in den Ostmarken zu schädigen. Der Zentralauschuß spricht sein Bedauern darüber aus. — Vorgelegt und genehmigt wird ein Plan zur Begründung von „Eigenbüchereien“, womit eine neue Abteilung der Bibliotheksarbeit der Gesellschaft eröffnet wird.

Tätigkeitsbericht der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Eisenach.
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in neun Ortsverbandsauschüssen, 1 kombinierten und 1 öffentlichen Versammlung, in welcher der Kollege Korn über das Thema: „Die deutsche Arbeiterchaft im Zeichen der Finanzreform“ sprach. Mit der Einreichung einer Liste von Schülern und Gewerkschaften hatten wir Erfolg, indem ein Kollege zum Schöffenausgelost wurde. Auch konnte ein Kollege in den Gemeinderat einziehen. Zur Gewerbegerichtswahl hatten wir zwar Borgearbeit, verdrängten aber schließlich auf eine Beteiligung, da noch nach dem alten Wahlverfahren gewählt wurde. Wir hoffen aber, da in diesem Jahre nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wird, daß einige von unseren Kollegen als Beisitzer gewählt werden. Eine fruchtige Agitation hatten wir unter den Textilarbeitern unternommen, konnten aber leider keinen Ortsverein gründen. Unser Ortsverband setzt sich aus 4 Ortsvereinen zusammen. Allen Kollegen möchte ich zurufen, sich mehr um die Ortsverbandsangelegenheiten kümmern; denn nur durch gemeinsames Arbeiten kann etwas für die Gewerbevereinsangelegenheiten getan werden.
Ernst Sobbein, Schriftführer.

Ortsverband Rönigsberg i. Pr.
Das verfloßene Jahr ist wohl eins der arbeitsreichsten gewesen. Die Geschäfte wurden in 9 Vertreterversammlungen, 5 kombinierten Ausschüssen, zwei Vorstandssitzungen, 2 Verbandsversammlungen und 1 öffentlichen Versammlung erledigt. Außerdem wurde hier die Bezirkskonferenz der ost- und westpreussischen Ortsverbände abgehalten. Angeschlossen hat sich im Frühjahr der Ortsverein der Löper mit 51 Mitgliedern. Der Ortsverband beteiligte sich an der Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde, leider jedoch ohne Erfolg, da die Verwaltung der Ortskassenkasse in Händen der „Genossen“ ist. Bei der Stadtverordnetenwahl wurde ein Gewerbevereinskollege gewählt. Im Herbst wurde hier ein Distrikterklub gegründet. Es wäre zu wünschen, daß sich die Kollegen reger daran beteiligen, als es bisher geschah ist. In gefelliger Beziehung unternahm der Ortsverband im Juni eine Spazierfahrt nach Reubausen und im August ein Sommerfest, welche beide gut verlaufen sind.
Rüge der neue Ausschuß in gleicher Weise vorwärtsstreben, so werden auch die Hindernisse beseitigt, die sich dem Gewerbevereinsgedanken auf allen Seiten entgegenstellen.
Julius Weichsaur, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Spremberg i. L.
Die Tätigkeit des Ortsverbandes war recht umfangreich und zum Teil auch von Erfolg gekrönt. In 14 Sitzungen, welche fast alle vollständig besetzt waren,

wurden die Geschäfte erledigt und die Bestimmungen festgelegt.

Ein unliebsamer Kampf, welcher durch die im November 1908 stattgefundene Fabrikantenkassenwahl entstand, mußte mit in das Jahr 1909 übernommen werden. Gegen die unfauberen, geschäftswidrigen Radiationen, welche bei dieser Wahl von Seiten des sozialdemokratischen Fertilarbeiterverbandes vorgenommen waren, legte der Ortsverband beim hiesigen Magistrat Protest ein, welcher auch von Erfolg war, so daß die Wahlen noch einmal stattfinden mußten. Leider war es uns durch das Intrigantenspiel, durch Verleumdung, Lügen und Terrorismus der „Genossen“ nicht möglich, zum Siege zu gelangen.

Ein Antrag an den Magistrat betreffs Einführung des Proportional-Wahlsystems zu den Gewerbegerichtswahlen hatte infolgedessen Erfolg, als ein dementsprechender Nachtrag zum Ortsstatut erlassen wird. Eine weitere Eingabe an den Magistrat betraf eine Liste für Schöffen und Geschworene, auf der wir 6 Kollegen nominiert hatten, von denen unser Vorbesitzer, Kollege Dietrich, als Schöffe ausgelost wurde.

Einen Erfolg hatten wir auch in der Bierpreisfrage zu verzeichnen. Wir nahmen diese Angelegenheit zuerst in die Hand, erließen einen Aufruf an sämtliche Vereine, weiche sich uns anschlossen, und dadurch war es möglich nach verschiedenen Verhandlungen mit dem Gastwirtverein und hiesigen Brauereien die Bierpreise wieder auf einen angemessenen Stand zurückzubringen. Versammlungen wurden drei abgehalten, welche alle gut besucht waren. Die gehaltenen Vorträge waren der Zeit durchaus angepaßt.

Die Diskutierabende sind sehr beliebt, nur könnte die Beteiligung eine bessere sein.

Das Agitationsfest der Gewerbevereine der Niederlausitz erfreute sich eines guten Besuchs, hatte aber trotzdem unter dem ungünstigen Wetter zu leiden, so daß der eigentliche Zweck des Festes nicht erreicht wurde. Zu dem Ausflug nach Bismarck zur Besichtigung der Pappensfabrik war die Beteiligung gut und für die Interessenten lehrreich. Der Sparverein unseres Ortsverbandes erwies sich auch wiederum im Jahre 1909 für die Mitglieder segensreich. An Spareinlagen wurden eingezahlt 3418,25 M., zurückgabte an die Mitglieder 4021,84 M., das Gesamtvermögen betrug am Schlusse des Jahres 7678,46 M. Die Bibliothek weist einen Bestand von 558 Bänden auf, von denen 484 benutzt wurden. Der Sängerkor des Ortsverbandes erfreut sich einer allgemeinen Beliebtheit. Die zum Ortsverband gehörenden Ortsvereine haben alle an Mitgliedern zugenommen.

F. Frost, Schriftführer.

Ortsverband Serbst.
Der Ortsverband erledigte seine Aufgaben in 4 Ausschüssen, 1 kombinierten Ausschüssen und 4 Ortsverbandsversammlungen. Vorträge fanden 3 statt. Kollege Krug sprach über: „Die Nieselselber bei Körbelitz“, Kollege Bede r. Magdeburg über: „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“ und Kollege Krug über: „Die Kommunalhygiene der Städte“. Alle drei Vorträge hätten besser besucht sein müssen. Infolge Verzögerung der Arbeitszeit, tagelanges Aussehen, verursacht durch den Brand einer hiesigen Maschinenfabrik, in der der größte Teil der Verbandskollegen beschäftigt ist, war dies jedoch zu entschuldigen. Eine kombinierte Ausschussesitzung beschäftigte sich mit der Ausbreitung unserer Presse, dem „Mitteldeutschen Kurier“. Zu auswärtigen Mitarbeitern wurden die Verbandsgenossen Bohnefeld und Mengewein gewählt.

Zum ersten Male hatte in diesem Jahre unser Ortsverband die Kohlenlieferung in die Hand genommen und so für unsere Genossen gute und billige Kohlen beschafft, was allgemein anerkannt wurde. Eingaben an den Magistrat wurden viele gemacht, eine zwecks Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht, die andere betreffend die Auswahl von Schöffen. Als Schöffe wurde für 1910 der Schneider Otto Derrmann ausgelost; dagegen scheint unsere Eingabe auf Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht nun endlich Erfolg zu haben, da der Magistrat jetzt Erhebungen darüber anstellt, welche Korporationen und Organisationen in Frage kommen.

Zur Konferenz der Ortsverbände des 6. Bezirks hatten wir unseren Sekretär Kollegen Brandt entsendet. Für die Quedlinburger Gärtner wurden zwei Sammlungen vorgenommen. Zum weiteren Zusammenhalt wurde ein Frühauflug über Louisa, Spitzberg, Reinsdorf und Köhler, verbunden mit der Besichtigung des herzoglichen Jagdschlosses Spitzberg, unternommen. Ferner fand ein Familienausflug nach Pilsport, verbunden mit Kinbesuch, statt, welcher eine starke Beteiligung zu verzeichnen hatte.

Im allgemeinen hat durch die ungünstigen Erwerbsverhältnisse und dadurch, daß der größte Teil der Kollegen unserer Bau-Genossenschaft angehört, welche wir erst vor einethalb Jahren gegründet haben und die dieses Jahr ihre ersten beiden Häuser vollendet hat, im Ortsverbande nicht mehr erreicht werden können, weil wir alle in obiger Genossenschaft tüchtig mit tätig waren. Gehen wir im neuen Jahre mit um so größerer Kraft an die Aufgaben heran, die die Ortsverbände zu erfüllen haben; dann wird der Erfolg ein desto erfreulicherer sein!

Friedrich Brandt, Ortsverbandschriftführer.

Gewerbevereins-Zeil
Kaden, Jahresbericht des Sekretariats der Deutschen Gewerbevereine. Wie gewaltig diese von den organisierten Arbeitern

Verbands-Zeil.

Quittung über eingelangte Beiträge für die Verbands- und Organisationspro 4. Quartal 1909.

Bauhandwerker: Generalkrat 368,60, Charlottenburg 6,35, Bildhauer: Generalkrat 96,02, Barthel-Berlin 2,00, Sigmund- und Fabrikarbeiter: Generalkrat 348,52, Fabrik- und Handarbeiter: Generalkrat 1793,56, Spinnbau 2,60, Frauen und Mädchen: Generalkrat 106,60, Holzarbeiter: Generalkrat 742,80, Ansbach 1,30, Grabb. Berufe und Wasser: Generalkrat 232,20, Kaufleute: Generalkrat 1439,60, Konditoren: Generalkrat 14,40, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Generalkrat 6523,05, Berlin II 10,03, Culau 6,50, Wetter 6,50, Schiffszimmerer: Generalkrat 83,65, Schneider: Generalkrat 469,80, Berlin II 1,30, Schuhmacher und Lederarbeiter: Generalkrat 616,80, Textilarbeiter: Generalkrat 543,72, Töpfer: Generalkrat 193,30, Gemeinbearbeiter: Generalkrat 93,26, Eisenbahner: Generalkrat 109,50, Königsgelt 9,80, Stein- und Tischarbeiter: Profen 135,02,RESPHLAGER: Danzig 5,86, Selbständige Berufe: Potsdam 76,17, Brauer: Berlin 142,14, Braunschweig 13,20, Dessau 4,20, Halle 3,90, Hamburg 61,64, Karlsruhe 3,60, Magdeburg 9,90, Stettin 16,00, Wäger und Maschinenisten: Danzig 3,42, Kellner: Bremen 8,30, Privat: Raab-Freiberg 0,83, Summa Mar 14 305,94, Verkaufte Druckfächer 145,30, Inzerate: Frauen-Vergrübnisliste 26,60, Kombinierte Maschinenbau- u. Metallarbeiter 18,75, Konditoren-Berlin 1,90, Medizinalverband 1,10, Ortsverband Hannover 2,00, Ortsverband Leipzig 6,60, Ortsverband Brimkenau 2,00, Langmeister Verbst 5,06, Ködel-Berlin 3,25, Bildhauer-Berlin 4,40, Summa Mar 71,65, Verbands-Abrechnungsergebnis (3. Rate) Mar 13,60, Berlin, im Februar 1910, Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Berichtungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine NO., Greifswalderstraße 221/228. Mittwoch, 23. Februar, Vortrag des Kollegen Jordan über: „Polypolitik“. Gäste sind herzlich willkommen. — Gewerksvereine-Hilfsrat (D.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Lebnungshunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine (Brüder Saal). Gäste willkommen. — Fabrik- u. Handarbeiter I. Sonnabend, 19. Februar, abds. 9 Uhr, Berammlung, Alexandrinenstraße 45. L.-D.: Vortrag des Sozialbeamten Kol. A. Brede über: „Konsumgenossenschaften“. — Bildhauer. Montag, 21. Februar, abds. 9 Uhr, Generalversammlung bei Preuß. Dresdenerstr. 10.

Orts- und Medizinalverbände.

Kachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Richter, Cafe Hansemannplatz und Jülicherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Boollstr., Diskussionsklub. (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Gitterstraße. — Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Diskussionsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenlamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — Wülheim-Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt

Jelbst geschaffenen Institutionen in Anspruch genommen werden, beweist am besten die Tatsache, daß die Zahl der Auskunftsfindungen von Jahr zu Jahr wächst. Wenn auch die Hauptaufgaben der Sekretariate eigentlich nur auf dem Gebiete der Arbeiterschub- und Arbeiterversicherungsangelegenheiten liegen sollten, so erstreckt sich die Tätigkeit der Sekretäre doch weit über diesen Rahmen hinaus. Denn mit dem Raterteilen allein ist es meistens auch nicht getan. Gewöhnlich müssen auch die erforderlichen Schriftsätze von den Arbeitersekretären selbst angefertigt werden, was sehr viel Zeit in Anspruch nimmt.

Im vergangenen Jahre wurde unjer Arbeitersekretariat von 3887 Personen um Rat angegangen, 3441 männlichen und 446 weiblichen. Organisiert waren 3316, unorganisiert 571. Von den erteilten Auskünften entfallen auf die Arbeiterversicherung 681, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 797, das bürgerliche Recht 336, Konkurs, Pfändungen, Offenbarungseid, Zivilprozeß und sonstiges 133, Strafrecht 114, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 1088, darunter 942 Steuerfächer. 2645 Auskünfte wurden mündlich, 64 schriftlich erteilt. Schriftsätze wurden 1196 angefertigt. Nach den an das Bureau berichteten Erfolgen beträgt die Summe der erteilten Gelder 21 852 Mk. Nicht einbezogen ist dabei eine Summe von 6375 Mk., zu welcher die Haftpflichtversicherung verurteilt wurde. Die Sache ist zurzeit noch am Oberlandesgericht anhängig; die Vorarbeiten dazu wurden im Bureau in die Wege geleitet.

Auskunfts-Bureaus wurden vom Ortsverband Kachen eingerichtet in Stolberg, Büfelen und Rohlshof, vom Ortsverband Düren in Güzgen bei Düren. Die letzte Stelle hat sich innerhalb Jahresfrist sehr gut entwickelt und anerkanntswürdige Arbeit für die dortige Arbeiterschaft geleistet. R. S.

§ Halle a. S. In der letzten außerordentlichen Ortsverbandssammlung wurde zunächst des verstorbenen Kollegen Holzhausen gedacht und sein Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf wurde zur Wahl eines Schriftführers an Stelle des verstorbenen Kollegen Knoop geschritten. Gewählt wurde der Kollege Karl K o y e. Weiter beschäftigte sich die Berammlung mit einer im vergangenen November an den Magistrat abgegangenen Eingabe der Gemeinbearbeiter, in welcher um Gewährung von Steuerungs- und Zulagen, die Einführung von Arbeiterausschüssen und Regelung der Löhne für alle städtischen Arbeiter unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse gebeten wurde. Leider ist vom Magistrat noch kein Bescheid eingegangen. Darauf erstattete Kollege K a u b e seinen Jahresbericht als Wanderkassierer. Daraus war zu entnehmen, daß die Ortsunterstützung von durchreisenden Kollegen recht häufig in Anspruch genommen wurde. Die Zahl fiel wieder auf den Kollegen Kaube. In der weiteren Debatte wurde das Verhalten einiger Kollegen im sozialen Ausschuss kritisiert und beschloffen, in dieser Beziehung eine Aenderung vorzunehmen. Ein Disauer Kollege regte an, die nötigen Schritte zur Gründung von Kreisgewerbe-Schiedsgerichten für die Randgemeinden zu tun. Seinem Wunsch soll entsprochen werden. Nachdem zum Schluß der Vorliegende auf das Ortsvermögen hingewiesen, zu reger Beteiligung aufgefordert und an die Anwesenden die Mahnung gerichtet hatte, treu an unsern Bestrebungen festzuhalten und für ihre Verbreitung zu wirken, wurde die Berammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen. Karl K o y e.

Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerksvereine-Hilfsrat). Die Lebnungshunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weiskens a. S. (Gesangsabteilung der Gewerksvereine). Lebnungshunde jeden Dienstag, abds. 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangliebende Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — Zerlorn (Diskussionsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Dflstr. — Clettin (Sängerchor der Gewerksvereine). Die Lebnungshunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandssammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. — Cyrenberg (Diskussionsklub). Jeden Dienstag, abds. von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerstraße 6, Sitzung. Gewerksvereinsmitglieder sind herzlich willkommen. — Weiskens (Diskussionsklub der Gewerksvereine). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — M.-Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine). Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, bei Herrn Joh. Janen, Kriegerstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — Tegele (Diskussionsklub für Jagel, Forstgilde und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag abds. von 8-10 Uhr bei Richter, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr im Verbandsbause, Rorffstraße 29, Sitzung. — Königberg i. Pr. (Diskussionsklub). Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal G. Sodat, Polstr. 11. — Schulin, S.-A. Sonntag, 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandssammlung, Rest. Adler, Hühnstr. — Zeitzberg. Sonntag, 27., abds. 6 Uhr im Vereinslokal „Zum Baldhof“, L.-D. dort. — Wetter u. Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 27. Februar, nachm. 5 Uhr, in Wetter im Saale des Wirts Doerbed, Ortsverbandssammlung. Um 7 Uhr, Vortrag mit Lichtbildern: „Die Wunder der Umwelt“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Die Nierenkrankheiten infll. Nierenkrankheiten, deren einheitliche biologische Entstehung, Ursache und Behandlung. Von einem neuen Standpunkte aus und auf Grund biochemischer Grundzüge und langjähriger Erfahrung bearbeitet von Dr. W. Walser. (0,80 Mk.) Leipzig, Hofverlagsbuchhandlung Edmund Demme.

Natur und Erziehung. Monatschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Mit der Zeitsage. In meinen Ruhestunden“, Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Dir. Dr. Fr. Dannemann und Prof. Dr. R. Smalian. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. Halbjährlicher Bezugspreis 4,- Mk.

„Mitroskosmos“, Zeitschrift für die praktische Betätigung aller Naturforscher. In Verbindung mit hervorragenden Fachgelehrten herausgegeben von Dr. M. Reip. Jährlich erscheinen 12 Hefte und 3 bis 4 Buchhefte. Abonnementspreis jährlich 12 Mk. 4,-.

Vermögen erwerben, Geld verdienen! Von A. Frieden-Gould. Preis 3 Mk. Verlagsanstalt Emil Abigt, Wiesbaden.

Anzeigen-Zeil.

Inzerate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Soziale Kommission Groß-Berlin.

Sonntag, 20. Februar, vormittags 9 Uhr, im Verbandsbause, Greifswalderstraße 221/228:

Sitzung sämtlicher Ausschussmitglieder.

Tagesordnung:

Die Aufgaben des kommenden Verbandsstages.

Referent: Verbandssekretär G. E. Elenz.

Die Jugendorganisationsfrage in Groß-Berlin.

Referent: Kollege J o r d a n.

Sir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Hilfs- und Druck)

NO. 55, Greifswalderstraße 221-23

wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4730.

Uhren u. Goldwaren
Ketten, Ringe, Arm-
bänder etc. zu den gros-
ten Preisen direkt an Private.
Prachtkatalog (320 Seiten, stark)
unsonst und portofrei.
Lya-Werke Hermann Klauensen
in Prenzlau, Postfach Nr. 199.

Gera, R. J. E. (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcher-
gasse 5.

Göppingen i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstüpfung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer G. Rolke, Ring Nr. 14.

Wibera a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstüpfung für Abend-
brot, Nachquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern.

Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktplatz.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Kaube, Schuhmachermeister, Seipzigerstr. 94, im Hof.

Ladenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeldent befindet sich beim Sekretär Herrn W. Bartelt, Kölnerstr. 33.

Eisenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Hartmann, Eisenach, Wiesenstr. 18.

Geislingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei H. Capper, Hauptstraße 48.

Großenhessen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Betreff erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen R o h l i, Nordstr. 10.

Bekanntmachung.

Der 28. Delegiertentag des Landesverbandes der Deutschen Gewerksvereine im Königreich Sachsen

findet den 28. März 1910 (2. Osterfeiertag) in Banja ein statt.

Die Ortsvereine werden ersucht, die Delegiertenwahl vorzunehmen und Anträge bis 15. März einzulegen an den Schriftführer Curt Klaufsch, Dresden-N., Hans Sackstr. 22 III.

Bekanntgabe des Lokales und Tagesordnung geht jedem Ortsverein in nächster Zeit zu. Der Vorstand. Curt Klaufsch, Schriftführer.

Spandau (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich Kolltstr. 6, Restaurant zum „Zürfischen Zelt“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbst erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.

Barth i. Pom. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Wäh n, Bohlstr. 211 b. Arbeitsnachweis das.

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Belzel, Chemnitz-Gabelsberg, Klausstr. 64.

Magdeburg (Banhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/3 II.

Kachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Adalbertsteinweg 71.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstüpfung G. Robert Genter, Schramberg, Uhländstr. 18.

Lyra-Fahrräder sind die besten u. die billigsten.
Prachtkatalog (320 Seiten stark) unsonst und portofrei.
Lya-Fahr. Werks Hermann Klauensen in Prenzlau, Postfach Nr. F 199.